

voran
e Bü
ngun-
chrei-
auch
nzig
rrei-
Bür-
erer
politi-
radi-
lich
i 27

tim-
iche
eho-
ven
wäre
und
ge-
ger
aus-
cht.

tikel

ird
der
ad-
ein
äsi-
gs-

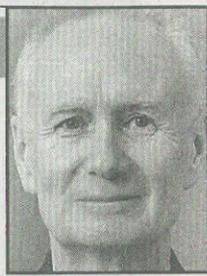
ine
ell
m-
ma-
da-
eln.
die
gs-
die
ja
her

Karikatur: „Wie



WIENER ZEITUNG 4.8.10

■ Gastkommentar von Wolfgang Lusak



Gerechtigkeit für den Mittelstand

Verteilungsgerechtigkeit gegen Leistungsgerechtigkeit, das ist die neue politische Brutalität. Kann man als Linker überhaupt darauf pochen, was „ge-recht“ ist, wenn man Recht immer wieder aus „humanitären Gründen“ aussetzen will? Braucht man als Rechter überhaupt nach „Gerechtigkeit“ rufen, wenn man so wieso der Meinung ist, dass bestehendes Recht und Gesetz „ganz einfach“ einzu-

mit Neid gearbeitet. Die Lobby der „sozial Schwachen“ hält dabei als Mehrheitsbeschaffer der Parteidemokratien her. Die Lobby der Finanzwirtschaft und Konzerne macht sich als „Träger“ der Weltwirtschaft unabkömmlich. Und das mit allen Mitteln: Eine „Supreme Court“-Entscheidung erlaubte kürzlich ausdrücklich Wahlkampfspenden in den USA, was Präsident Barack Obama von einer „mit Lobbying-Geld ersäufte Demokratie“ sprechen ließ. Seine „Finanzmarktreform“ erscheint nach diesen heftigen Worten aber erstaunlich lahm, jedenfalls für die europäischen Teilnehmer am G-20-Gipfel, die - aus meiner Sicht zu Recht - mehr direkte Eingriffe und Besteuerungen forderten.

Wenn auch bei uns keine Spenden in den Transferkontos aufscheinen sollen; wenn auch bei uns die Banken im sogenannten Intelligent-Banking-Bereich, beim Börsen-Casinospielen (Spareinlagen und Realwirtschaftsfinanzierung werden offenbar als weniger intelligent, da zu kostenintensiv eingeschätzt) längst wieder fette Gewinne einfahren; wenn in Österreich (O-Ton des Finanzministers) 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen 60 Prozent der Steuern zahlen; wenn der

Staat Mindestsicherungen gewährt aber gleichzeitig die für unsere Gesundheit und den Klimaschutz notwendige Erneuerbare Energie stiefmütterlich behandelt; und wenn auch noch von Vermögenszuwachssteuer die Rede ist. Dann schwant mir Unheil: Dass nämlich statt der wirklichen reichen Krisen-Verursacher aus der Finanzwelt nur der nachhaltige Leistungen erbringende Mittel-

„Kann man als Linker überhaupt darauf pochen, was „ge-recht“ ist, wenn man Recht immer wieder aus ‚humanitären Gründen‘ aussetzen will?“

„Verteilungsgerechtigkeit: ja. Leistungsgerechtigkeit: ja. Weitere Mittelstandsbelastung: nein. Mehr denn je brauchen wir alle eine starke Lobby der KMU.“

halten sind?
Die Beantwortung dieser - zugegeben etwas spitzfindigen - Fragen liegt natürlich in der dynamischen Betrachtung des Themas und in der Betonung der Hintergründe, die - obwohl generell bekannt - in der öffentlichen Diskussion seltsam „abhanden“ kommen.
Da wird mit dem Hinhacken auf die „unverschämte gierige Finanzwirtschaft“ und auf die mit „unübersichtlichen Zuschüssen in der sozialen Hängematte Befindlichen“ beiderseits

stand und die mittelständischen Betriebe die Defizite ausgleichen müssen. Aber das hieße, die Kuh schlachten, von der man Milch haben will.
Verteilungsgerechtigkeit: ja. Leistungsgerechtigkeit: ja. Weitere Mittelstandsbelastung: nein. Mehr denn je brauchen wir alle eine starke Lobby der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) und des Mittelstands. ■

Wolfgang Lusak ist Unternehmensberater und KMU-Lobby-Coach.

gastkommentar@wienerzeitung.at

Obenstehender Gastkommentar gibt ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und muss sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion der „Wiener Zeitung“ decken.

ZU

„Wi
A
Hur
Doll:
nach
die u
Resol
zun;
milit
der V
rea,
von L

Masse

„Wi
wurd
det? V
viele

Der
M

Sa

„Wir
Fakt

Der isr
cher M
el
ein
Angr

„
plag
m
Zw

Ben
amer
einer

„I

Fc
Mich
ge